

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

419

Wien, am Montag, den 25. November 1929 Zweite Ausgabe

.....

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 25. November 1929

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der neuen Wiener Bauordnung. Berichterstatter Stadtrat Linder beantragt eine stilistische Aenderung im § 116, wo es statt Hausgehilfenzimmer Hauspersonalstube heissen soll. Diesem Antrag wird zugestimmt und das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Schluss der Sitzung 16'10 Uhr.

.....

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 25. November 1929.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet um 16'15 Uhr die Sitzung.

St. R. Professor Dr. Tandler beantragt, für die Errichtung des Stadions im Prater den Gesamtbaukredit im Betrage von 6'6 Millionen Schilling zu genehmigen. Der dafür seinerzeit genehmigte Sachkredit von 4'7 Millionen Schilling erhöht sich somit um den Betrag von 1'9 Millionen Schilling. Der Gesamtbaukredit ist für den Bau der Hauptkampfbahn und der Schwimmbahn veranschlagt.

GR. Prinke (E. L.) erklärt, dass das Stadionprojekt nicht gründlich durchdacht und hinsichtlich der Kosten berechnet worden ist. Die Zeit für die Einreichung der Projekte war viel zu kurz. Die Pläne wurden mit grösster Eile eingeholt. Das alles rächt sich heute. Man wird auch mit den veranschlagten Kosten von 6'6 Millionen Schilling nicht auskommen, da der Bau der Hauptkampfbahn und der Schwimmbahn allein etwa zehn Millionen Schilling kosten dürfte. In der Zeit der grössten wirtschaftlichen Not werden wieder fast zwei Millionen Schilling aus der Bevölkerung herausgeholt, um den parteipolitischen Interessen dienen zu können. Wir müssen verlangen, dass vor allem beim Bau des Stadions die Sportkörperschaften mehr gehört werden. Da für den Bau der Schwimmbahn noch kein Projekt vorliegt, sind wir nicht in der Lage, den Kredit zu genehmigen. Der Redner beantragt die Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss und Sportbeirat. (Beifall).

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt.

GR. Pfeiffer (E. L.) erklärt, dass sich die Frage des Stadions durch absolute Planlosigkeit und Systemlosigkeit auszeichnet. Er gibt zunächst

einen Ueberblick über die bisherige Ausarbeitung des Projektes, das schon dreimal den Gemeinderat beschäftigt hat. Das Stadionbaukomitee wurde bisher zweimal einberufen. Einmal um die Pläne zu prüfen und das zweite Mal um das Baugelände zu besichtigen. Seit Monaten hat nun keine Sitzung des Baukomitees mehr stattgefunden. Wir wissen gar nicht, in welcher Weise das seinerzeit genehmigte Projekt geändert wurde. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand und eine Brüskierung des Gemeinderates, einfach ein genehmigtes Projekt zu ändern und ein anderes Projekt vorzulegen. Das seinerzeitige Projekt der Hauptkampfbahn sah eine Ueberdachung vor. Diese wurde jetzt fallen gelassen. Warum, das weiss man nicht, ebenso wenig wie man weiss, wo das Schwimmstadion erbaut wird. Schliesslich ist ein Zuschusskredit von fast zwei Millionen Schilling auch für die reiche Stadt Wien keine Bagatelle, weshalb der Gemeinderat das Recht hat, über jede Projektänderung genauestens in Kenntnis gesetzt zu werden. Der Redner kritisiert sodann die Behandlung, die der Sportbeirat von Seiten des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler erfährt. Als das Gesetz über die Bodenwertabgabe von unverbautem Grund im Landtag beschlossen wurde, hatten die Sportvereinigungen keine Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Da die Steuer für alle Vereinigungen eine Unmöglichkeit ist, hat sich der österreichische Hauptverband für Körpersport an Professor Tandler gewendet und um Einberufung des Sportbeirates gebeten, um einheitliche Schritte zur Milderung der Steuer unternehmen zu können. Der Hauptverband für Körpersport hat auf dieses Schreiben bis heute keine Antwort erhalten. Die gleiche Behandlung erfahren wir beim Stadionbau. Die Gemeinde hat nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht, ein Stadion zu bauen, da ein solches im Interesse des Fremdenverkehrs von grösster Wichtigkeit ist. Dieser Idealgedanke ist aber bereits heute schon erschlagen. Das Ross ist beim Schweif aufgezümt worden. Statt zunächst Lehrflächen und Spielplätze zu schaffen, wird als erstes die Hauptkampfbahn erbaut und damit die Erziehung der Jugend vernachlässigt. Es ist dies im Hinblick auf die kommende Arbeiterolympiade eine Kraftprobe der sozialdemokratischen Partei auf Kosten der Wiener Steuerzahler. Durch ihr Verhalten in der Stadionfrage haben die Gegner des Stadions ihre Gegnerschaft verschärft, die Schwankenden sind zu den Gegnern übergegangen und die bis jetzt für das Stadion waren, sind misstrauisch geworden. Wir müssen mit allem Nachdruck verlangen, dass in dieser für Wien und für die körperliche Ertüchtigung seiner Jugend so wichtigen Frage endlich einmal andere Wege gegangen werden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Körber (E.L.) bemängelt zunächst, dass keine Planskizze für den Stadionbau vorgelegt worden ist. Der Platz, der für das Strand- und Schwimmbad in Aussicht genommen ist, ist ungeeignet. Das Bad sollte in der Mittelachse gebaut werden. Damit würde man sich auch das Fällen von Bäumen ersparen. Wenn man schon soviel Geld ausgibt, sollte man bei der Kanalisation auch auf den übrigen Prater Rücksicht nehmen und der Bund würde dabei sicher mitwirken. Es könnte bei diesem Anlass bis zu einem gewissen Grade zur Entsumpfung des Praters beigetragen werden. G. R. Körber spricht sich sodann dagegen aus, dass so hohen Investitionen aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Im Zusammenhang mit dem Stadionbau, betreibt er den zweigeleisigen Ausbau der 11er Linie, den Ausbau des Autobusverkehrs zum Stadion hin und meint, dass man auch der Freigabe der Hauptallee für den Verkehr werde näher treten müssen. Nicht notwendig wäre die Heranziehung eines ausländischen Architekten gewesen, vielmehr hätten die Projekte für das Stadion vom Stadtbauamt vorgelegt werden können. Er appelliert zum Schluss namens der Wiener Bevölkerung an den Stadtrat Tandler, dass anlässlich des Stadionbaus die Baumbestände des Praters möglichst wenig leiden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Tandler weist den Irrtum zurück, als ob es sich hier um einen neuerlichen Kredit für das Stadion handeln würde. Es handelt sich lediglich um die Ankündigung, dass das Schwimmstadion gebaut werden soll und um die Bewilligung der zweiten Rate hierfür im Rahmen der budgetmässig für das Stadion bereits bewilligten Beträge. Von Haus war bekanntlich für das Stadion die Verausgabung eines Betrages von 6 Millionen vorgesehnen. Die erste Rate des Baues kostet 4'7 Millionen, wovon im ganzen bisher eine Million verausgabt wurde, die zweite Rate macht 1'9 Millionen aus. Davon sind 1'3 Millionen budgetmässig vorgesehen, so dass es sich also lediglich um eine Ueberpräliminierung von 600.000 Schilling oder zehn Prozent handelt. Von einer Uebererschreitung kann natürlich nicht gesprochen werden, da der Bau noch nicht beendet ist. An dem Bau des Schwimmstadions glaubten wir über Anregung eines bürgerlichen Schwimmverbandes der wegen eines internationalen Wettschwimmens das Schwimmstadion zur Verfügung haben will, noch in diesem Herbst wegen des schönen Wetters und um in dieser schweren Zeit möglichst viele Arbeitslose beschäftigen zu können, herantreten zu müssen. Die berufenen Faktoren haben hierbei so viel nur immer möglich war, mitgesprochen; nach der Vergebung des Baues war über die Sache nichts mehr zu reden und die Pläne werden in dem Moment vorgelegt werden, wenn um eine Baubewilligung angesucht wird. Stadtrat Tandler wendet sich gegen die Behauptung des GR. Pfeiffer dass beim Stadionbau parteipolitische Tendenzen mitspielen. Aber selbst wenn man annimmt,

dass der Bau wegen der Arbeiterolympiade beschleunigt werden soll, so ist das ja auch ein Stück Fremdenverkehr, für den sich GR. Pfeiffer so sehr einsetzt. Es ist richtig, dass wir uns bemüht haben, die Arbeiterolympiade nach Wien zu bekommen und wir glauben, dass das für Wien ebenso ehrend ist, wie wenn hier eine andere Olympiade stattfinden würde, (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) Richtig ist auch, dass der zehnjährige Gedenktag der Republik durch Aufstellung eines Gedenksteins gefeiert wurde. Schliesslich haben wir doch als ^{Republikaner} ein Recht darauf, die Republik zu feiern. St. R. Tandler macht schliesslich noch aufmerksam, dass sich der Gemeinderat mit der Verwaltung des Stadions zu beschäftigen haben werde und gibt bekannt, es sei nicht an eine Verwaltung durch die Gemeinde gedacht, vielmehr soll das Stadion als gemeinnützige Einrichtung verwaltet werden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Pfeiffer berichtigt gegenüber den Ausführungen des St. R. Tandler es habe nur eine einzige Sitzung des Stadionkomitees und eine einzige Besichtigung des Stadions stattgefunden, ferner dass sich niemand gegen die Aufstellung des Gedenksteines gewendet habe, sondern dass er es nur kritisiert habe, dass der Gedenkstein auf einen falschen Platz aufgestellt wurde. Tatsächlich werde jetzt ein anderes Projekt ausgeführt als das, das der Gemeinderat beschlossen hat und dieses neue Projekt müsste dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Antrag des Referenten wird genehmigt.

St. R. Prof. Dr. Tandler berichtet über die Neuanlage eines Spielplatzes auf dem rechtsseitigen Ufer der oberen alten Donau im Winkel zwischen dem Nordbahndamm und der Bruckhaufenstrasse. Die Kosten werden auf 50.000 Schilling veranschlagt.

GR. Merbaur (E. L.) begrüsst die Errichtung dieses Spielplatzes, führt aber Beschwerde über Vorkommnisse auf dem Spielplatz im Waldmüllerpark. Dort hat man dem Bundesgymnasium Kriehbergasse den Platz entzogen und dafür die Kinderfreunde hingegeben. Am Abend treiben die sozialdemokratischen Turner dort Nacktkultur, was zu berechtigten Beschwerden der Bevölkerung Anlass gibt. Im Klieberpark befindet sich ein sehr kleiner Spielplatz, der von der Gemeinde sehr vernachlässigt wird. Dort ist auch kein Brunnen und die Kinder holen Wasser von der Strasse, wodurch sie sehr gefährdet werden. Auch im Haydnpark lässt der Spielplatz und die Aufsicht viel zu wünschen übrig. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Körber (E. L.) befürchtet, dass der neue Spielplatz durch die Nähe der grossen städtischen Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen seinen Zweck

nicht ganz erfüllt. Die grosse Staubentwicklung, die insbesondere in der heissen Jahreszeit auf dem Bruckhaufen entsteht, dürfte sich auch in dem neuen Spielplatz bemerkbar machen. Gesundheitliche Schädigungen der Kinder sind also nicht ganz ausgeschlossen. Der Redner richtet an den Referenten die Anfrage ob er sich persönlich überzeugt habe, dass dort ein Spielplatz errichtet werden könne.

St. R. Prof. Tandler erwidert, dass diese Bedenken nicht geteilt werden können, da dieser Spielplatz sehr weit vom Bruckhaufen entfernt ist. Was die Benützung des Spielplatzes im Waldmüllerpark durch das Bundesgymnasium Kriehberggasse anlangt, so hat diese Schule darauf verzichtet, da es in nächster Nähe einen eigenen Spielplatz bekommen hat. Die Vorlage wird angenommen.

St. R. Weber beantragt die Genehmigung der Pläne für eine Wohnhausanlage in Meidling, Aichholzgasse. Die Kosten werden auf 5'3 Millionen Schilling veranschlagt. Die Zahl der Wohnungen ist 299. Die Pläne hat Architekt Camillo Fritz Discher entworfen.

GR. Müller (E. L.) verlangt die Erhöhung der Geschosse von 2.80 Meter auf 3.20 Meter und die Vergrösserung der Kabinette von 10 auf 12 Quadratmeter. In der Nähe des nun zur Ausführung kommenden Wohnhausbaues hat die Gemeinde eine Reihe grösserer Wohnhausanlagen vollendet, die aber durch die grelle Malerei der Aussenseiten sehr verunziert wurden. Eine Notwendigkeit ist auch die Führung der Strassenbahn durch die Hohenbergstrasse und die Kanalbauten in Hetzendorf-Altmanndorf. Die Gemeinde müsste auch endlich einmal der Lösung des Liesingtalsammelkanals näher treten. Redner wendet sich auch gegen die Absperrung der Schwenkgasse und verlangt die Errichtung eines Weges zu Längenfeldgasse.

St. R. Weber erklärt, dass die Geschosshöhe auch in der neuen Bauart mit 2.80 Meter bestimmt ist, was vollkommen genüge und in vielen anderen Städten seit Jahren eingeführt ist. Die Farbenpracht an den Aussenseiten einzelner Gemeindehäuser ist eine Frage des künstlerischen Geschmackes. Die Verlängerung der Strassenbahnlinie in die Hohenbergstrasse ist noch nicht spruchreif, da dort noch gebaut werde. Strassenabsperrungen werden nur dann erfolgen, wenn sie unbedingt notwendig sind. Die Kanalfrage hängt nicht allein von der Gemeinde ab, sondern von einer Reihe anderer Körperschaften. Die Vorlage wird angenommen.

GR. Beisser ersucht um grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Bundesspielplatzes im Fasangarten zu Schönbrunn. Für die dazugehörigen Zweckbauten, wie Umkleide- und Tuschräume, Abortanlagen, Aufseherwohnung u.

zwei Schwimmbecken werden die Bestimmungen über den Parkschutz aufgehoben.

GR. Gschladt (E.L.) erklärt zunächst, dass mit diesem Antrag ein Skandal ärgster Sorte bereinigt wird. Der Bund unterhält schon seit langem im Fasangarten einen Spielplatz von ungeheurer Ausdehnung. Die notwendigen Nebenräumlichkeiten wurden bis jetzt nicht errichtet. Nun schreitet der Bund mit einem Kostenaufwand von 600.000 bis 700.000 Schilling zur Errichtung dieser Nebenräume. Schon im Juli 1928 hat der Bund um die Baubewilligung und Aufhebung der Parkschutzbestimmungen angesucht. Innerhalb weniger Tage wurde die Kommission ausgeschrieben, bei der sich auch kein Anstand ergeben hat. Bei dieser Gelegenheit sagte sich die Gemeinde, dass es nützlich wäre, den Spielplatz auch der Wiener Schuljugend zugänglich zu machen. Der Vertreter des Bundes gab auch damals die Erklärung ab, dass der Bund nach Massgabe des Platzes und der Zeit den Spielplatz der Gemeinde zur Verfügung stellen werde. Eine Bindung jedoch könne er nicht eingehen. Damit wäre der Akt entscheidungsreif geworden. Nun aber setzten die Sabotageakte und förmliche Erpressungsversuche an den Bund ein. Wiederholt verwies der Bund darauf, dass durch die Verzögerung die Gefahr bestehe, dass die erste, bereits bewilligte Baurate verfalle. Trotzdem liess man das Jahr 1928 verstreichen. Endlich war der Akt soweit, dass er dem Stadtsenat vorgelegt wurde. Dieser beschloss am 5. März 1929 und heute erst wird der Akt dem Gemeinderat vorgelegt. Gegenüber den Sabotageakten der Gemeinde an den Bund ist festzustellen, dass der Bund der Gemeinde gegenüber bisher das grösste Verständnis entgegengebracht hat. So hat auch der Bund den Schönbrunner Vorpark der Gemeinde überlassen. Dass eine solche Verzögerung eines Aktes eintreten kann, ist etwas, was man bei einer öffentlichen Verwaltung einfach für unmöglich halten müsste. Wir werden scharf dahinterher sein, ob nicht auch die Baubewilligung verzögert werde, und wenn dies der Fall sein sollte, in aller Öffentlichkeit die Sache klarstellen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt, dass die Erledigung des Ansuchens des Bundes schon vor Monaten hätte erfolgen können. Nun hat der Bund die Erledigung seines Ansuchens ohne jede Bindung erreicht, eine grenzenlose Blamage jener Kreise, die unter Missbrauch der Stellung des Magistrates an den Bund Erpressungsversuche verübt haben. Der Redner verweist darauf, dass er schon im Mai dieses Jahres den Herrn Bürgermeister bezüglich der Erledigung des Ansuchens des Bundes interpelliert habe. Die Antwort des Bürgermeisters auf diese Interpellation sagt der Redner, war eine Frotzelei. Bürgermeister erklärt in seiner Antwort, dass er keine Veranlassung habe, wegen der Erledigung des Ansuchens auf den Magistrat einzuwirken. Der Redner streift sod

sodann das Verhältnis der Gemeinde zum Bund, wobei er erklärt, dass die Gemeinde die Unternehmungen des Bundes stets herabsetzt oder dem Bund bei irgendwelchen Vorhaben immer wieder Prügel vor die Füße wirft. Das Verhalten der Gemeinde bei der Erledigung des Ansuchens des Bundes bezüglich des Spielplatzes im Fasangarten kann nur ein unwürdiges ^{als} bezeichnet werden. (Beifall).

In seinem Schlusswort erwidert der Referent, dass sich die Gemeinde bemüht habe, durch Verhandlungen mit dem Bund zu erreichen, dass der Spielplatz im Fasangarten nicht nur der Wiener Mittelschuljugend, sondern der Wiener Schuljugend überhaupt zur Verfügung stehen soll. Diese Bemühungen der Gemeinde müssten von jedem Gemeinderat vertreten werden. Tatsache ist, dass der Bund das Verlangen der Gemeinde, im Volksgarten und Belvederegarten ein Kinderfreibad zu errichten, glatt abgelehnt hat. Der Bund hat eben, obwohl es sich um das Interesse der Wiener Kinder gehandelt hat, unsozial benommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen des GR. Dr. Wagner sowie des Referenten wird die Vorlage angenommen.

Nunmehr gelangt der Rechnungsabschluss für Gemeinde Wien für das Jahr 1930 sowie der Kontrollamtsbericht zur Verhandlung.

Es wird zunächst über diese beiden Vorlagen eine Generaldebatte abgeführt.

St. R. Breitner berichtet über den Rechnungsabschluss für 1928: Das abgelaufene Verwaltungsjahr war gekennzeichnet durch eine verhältnismässig günstige Lage der Wirtschaft, durch eine gute und hoffnungsfrohe Stimmung in der Gesamtbevölkerung. Das wichtigste äussere Merkzeichen der Besserung darf darin erblickt werden, dass in Wien im Jahre 1928 der Höchststand der Arbeitslosigkeit 89.247 gewesen ist, wesentlich geringer als in den Jahren 1925, 1926 und 1927. Der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit wurde mit 53.850 erreicht, was Jahre vorher nicht eingetreten ist. Im Jahre 1928 sind vom Jahresbeginn bis Jahresende die Einlagen bei den Wiener Kreditinstituten von 899 Millionen Schilling auf 1148 Millionen Schilling gestiegen, das ist ein Zuwachs von 28 Prozent. Wer die Vorgänge der letzten Wochen vor Augen hat, weiss, welche Bedeutung diesen Ziffern zukommt. Die Bankrate betrug im abgelaufenen Jahr durchschnittlich bloss 6 ein Viertel Prozent, war also um rund zwei Prozent geringer, als dies mutmasslich für das heurige Jahr zutreffen dürfte. Der Fremdenverkehr erreichte 1928 ohne Berücksichtigung der zum Sängerfest gekommenen Gäste die noch nie vorher verzeichnete Rekordziffer von 637.448 Personen. Im Jahre 1925 waren es 533.000, im Jahre 1926 waren es 535.000 und im Jahre 1927 waren es 561.000 Personen. Der Sprung ist also ein ausserordentlich grosser. Nimmt man dazu noch die 113.328 Besucher des Sängerfestes, dann sieht man von welchem pulsierenden Leben das Verwaltungsjahr, über das heute Rechenschaft gelegt wird, erfüllt war. Wenn man sich die Stimmung während des Sängerfestes nach dessen glänzendem Beginn vergegenwärtigt, dann merkt man erst so recht den Unterschied gegen heute. So war das Verwaltungsjahr 1928 für Bund und Gemeinde erfolgreich. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass der Gemeinde an gemeinsamen Abgaben rund 24'7 Millionen Schilling als Mehrertrag zugewiesen worden sind. Dazu kommen noch 1'6 Millionen Schilling als die vom Bund eingehobenen, der Gemeinde zufließenden Zuschläge zu den Immobiliargebühren und rund 1'3 Millionen Schilling als erhöhte Entschädigung der Gemeinde Wien für die Einhebung der Bundessteuern, das sind also 27'7 Millionen Schilling, die der Gemeinde gegenüber den seinerzeitigen Angaben des Finanzministeriums ^{mehr} zugeflossen sind. Die verringerte Arbeitslosigkeit und gewisse Lohnbewegungen finden ihren Ausdruck in einem Mehrertrag der Fürsorgeabgabe von 7 Millionen Schilling. Das Sängerfest und der sonst gute Verlauf des Jahres 1928 drückt sich in Mehrerlösen von 2'7 Millionen Schilling bei der Lustbarkeitsabgabe, 3'2 Millionen Schilling bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, fast zwei Millionen Schilling bei der Fremdenzimmerabgabe aus. Insgesamt haben die Gemeinde- und Landesabgaben 19'4 Millionen Schilling mehr geliefert, als im Voranschlag angenommen war. Darauf ist es zurückzuführen, dass an statt des seinerzeit vorausgesehenen

grossen Defizites von 35 Millionen Schilling ein kleiner Gebarungsüberschuss von 286.000 Schilling erzielt werden konnte. Dabei hat aber die Gemeinde die Aufgaben, die zu vollbringen sie sich gesetzt hat, nicht nur voll erfüllt, sondern noch wesentlich übertroffen. Der Gesamtaufwand für Investitionen, die ja allen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen, waren mit 102 Millionen Schilling in Aussicht genommen. In Wirklichkeit wurden hiefür nahezu 116 Millionen Schilling verausgabt. Darunter steht an erster Linie der Wohnungsbau, dem 89 Millionen Schilling zugeführt wurden sind. Es ist dabei gelungen, alle das Verwaltungsjahr 1928 betreffenden Rechnungen zu liquidieren, so dass die Budgetpost des Jahres 1929 nicht mehr durch Rechnungen der früheren Arbeitsperiode belastet sein wird. Nur wenige Arbeiten mussten zurückgestellt werden. So die Hafenbrücke, da mit dem Grundeigentümer keine zweckentsprechenden Vereinbarungen zustande gebracht werden konnten, und gewisse Kanalbauten, die mit dem Bauprogramm in engster Verbindung stehen. Stadtrat Breitner verwies dann noch darauf, dass die städtischen Unternehmungen gesondert Rechnung legen, dass aber das Brauhaus in der Lage war, statt den veranschlagten 236.000 Schilling mit 909.000 Schilling zu den Notwendigkeiten des Gemeindehaushaltes beizutragen. Er ersucht nach Besprechung der einzelnen Gruppen des Gemeindehaushaltes um Genehmigung des Rechnungsabschlusses (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (.E.L.): An den Rechnungsabschlüssen der Gemeinde Wien gemessen, müssten die Wiener glückliche Menschen sein; denn seit dem Jahre 1923 waren die Rechnungsabschlüsse ununterbrochen sehr gütig. In dieser Zeit hat sich das Vermögen der Gemeinde Wien unausgesetzt vermehrt aber die Wirtschaft dieser Stadt ist um ebensoviel ärmer geworden. Das Ziel der Mehrheit ist eben die Entthürung und Enteignung des Privatkapitals. Das war auf dem Wege der Revolution und direkter Massnahmen nicht möglich, daher versucht man es, auf dem Gebiet der Finanzverwaltung. Die von den Sozialdemokraten so sehr geschmähte Profitrate der Bourgeois hat sich in die Profitrate der Gemeinde Wien verwandelt. Im Veranschlag ist ein Defizit von 35'5 Millionen Schilling angekündigt worden. In Wirklichkeit ist dieses präliminierte Defizit verschwunden und es wird noch ein kleiner Ueberschuss ausgewiesen. Die Kassenbestände sollen von 66 Millionen auf 41'7 Millionen gesunken sein. Diese niedrige Feststellung ist aber nur eine buchmässige. In Wirklichkeit sind die Kassenbestände weit aus höher; sie können mit 70 Millionen Schilling angenommen werden. Der Rechnungsabschluss vom Jahre 1928 wurde stark beeinflusst durch den Nachtragskredit von 20 Millionen für Wohnhausbauten und die Reserve von drei Millionen zur Fertigstellung von Siedlungsbauten. Diese 23 Millionen sind dem Jahre 1928

buchmässig zur Last gelegt worden, aber erst im Jahre 1929 zur Auszahlung gelangt. Es ist also statt des Defizits von 35'5 Millionen ein faktischer Ueberschuss von 23'5 Millionen vorhanden, also eine Besserung der Gebarung gegenüber dem Voranschlag um 58 Millionen festzustellen. Der Voranschlag wird mit einem grossen Defizit aufgestellt, damit man die Einhebung der Steuern und Abgaben im nächsten Jahr in derselben Höhe rechtfertigen kann. Bei den Abgabeerträgen findet man fast nur Mehriengänge. Die sogenannten Ermässigungen der Steuern, wirken sich in höheren Einnahmen aus. Wenn Sie die Wirtschaft durch ihre Massnahmen wirklich entlasten wollen, müssten Sie Ermässigungen vorschlagen, die sich auch im Ertragnis der Steuern ausdrücken. In diesem Zusammenhang soll festgestellt werden, dass vor längerer Zeit in der Abteilung des St. R. Breitner der Auftrag gegeben worden sein soll, dass Gemeinderäte und Nationalräte, wenn sie mit Gemeindesteuern im Rückstand sind, nicht gemahnt werden dürfen und es soll sogar ein Beamter, der einen solchen Funktionär gemahnt hat, in Disziplinaruntersuchung gezogen worden sein. Ich stelle ausdrücklich fest, dass niemand für uns für einen Funktionär der Gemeinde oder für einen Nationalrat eine andere Behandlung verlangt hat. Wir verlangen die gleichmässige Behandlung aller Steuerträger (Lebhafter Beifall bei der E. L.) Und wir lehnen dieses Zugeständnis mit allem Nachdruck ab, da es unseren Grundsätzen vollkommen widerspricht. (GR. Kunschak: Ich melde offiziell die gegenteilige Forderung an: Gemeinderäte und Nationalräte sollen zuerst zahlen!) Man redet sich bei den Steuermassnahmen immer auf höhere Ausgaben in der Wohlfahrtspflege aus. In Wirklichkeit ist aber im Wohlfahrtswesen nicht um einen Heller mehr ausgegeben worden als präliminiert ist und bei der Kleinrentnerhilfe, von der man soviel spricht, sind statt 50.000 55.000 Schilling ausgegeben. Im Wohnungswesen haben sie allerdings um 20 Millionen mehr ausgegeben, das kann so nicht weiter gehen. Sie betreiben fast gar nicht mehr Wohlfahrt. Die ganze Gemeindeverwaltung ist nur darauf eingestellt, das Vermögen der Gemeinde Wien zu vermehren. Und tatsächlich hat sich das Gemeindevermögen im Jahre 1928 wieder um hundert Millionen Schilling vermehrt. In der Verwaltungsgruppe Technische Angelegenheiten, wo man tausenden Arbeitslosen Arbeit verschaffen könnte, sind 5 Millionen Schilling erspart worden. In der Gruppe 6, wohin auch der Ankauf von Grundstücken und Häuser gehört hat man um eine Million mehr ausgegeben. GR. Zimmerl beschäf-

tigt sich sodann mit dem Bericht des Kontrollamts. Der Bericht ist heuer viel umfänglicher als früher und man entnimmt daraus viele und zwar auch interessante buchhalterische Mitteilungen. Dagegen ist der in der Kritik der Verwaltung sehr zurückhaltend. Ueber die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung, worüber eine Aeusserung des Kontrollamtes sehr erwünscht wäre, findet sich kein Wort. Dem Kontrollamt fehlt eben jede Unabhängigkeit. Wenn man mir das erste Konzept des Revisionsberichtes zur Verfügung stellte und mir die Möglichkeit gäbe die Veränderungen, die mit dem Konzept vorgegangen sind an der Hand des Aktes zu konstatieren, werde ich nachweisen können, dass hier Köpfe mitgearbeitet haben, die absolut nicht befugt sind, in die Revisionstätigkeit des Kontrollamtes einzugreifen. Das Kontrollamt hat mit niemandem auch nicht mit St. R. Breitner zu verkehren. Interessant ist, dass der Kontrollamtsbericht feststellt, die Ausübung der sogenannten Finanzkontrolle habe wenig Wert, sondern nur die Gebarungskontrolle, das heisst, die Kontrolle über die Wirtschaftsführung und über die Organisation. Jetzt bei den Verhandlungen über die Verfassungsreform wollen die Vertreter der Mehrheit dem Rechnungshof nur die Kontrolle zugethen. Ebenso interessant ist die Bemerkung im Kontrollamtsbericht, dass die bisherige Art der Brutto- und Nettoverrechnung kein klares und durchsichtiges Bild ergeben habe. Wir beschwerten uns bekanntlich schon seit Jahren darüber, dass bei Ihrer Geschäftsführung so manches unklar und undurchsichtig ist. Im Bericht des Kontrollamtes steht nichts über die Steuerrückstände. Die Ziegelwerke Oberlaa und Granitwerke Mauthausen wurden aus der Hoheitsverwaltung herausgenommen, weil Sie mit den Arbeitern in diesen Betrieben nicht fertig geworden sind. Da wollten Sie die Leute los werden. Aber nicht weniger als 1'6 Millionen Schilling Verluste mussten im Jahre 1928 für diese Betriebe aus Gemeindegeldern gedeckt werden. Bei der Zentralsparkasse fehlt im Kontrollamtsbericht jede Aufklärung über die Geschäfte und über die Bonität der Debitoren. Der Kreditverein wird überhaupt nicht erwähnt und es wurde mir erzählt, dass der dortige sozialdemokratische Leiter sich ganz einfach nicht kontrollieren lasse. Die Obst- und Gemüse A. G. wird mit zwei Zeilen abgetan. Wir empfehlen über dieses verkrachte Unternehmen die Rede des Kollegen Huber nachzulesen. Gewiss, stehen wir nicht an, zu erklären, dass das Kontrollamt unter den gegebenen Verhältnissen eine gewaltige Arbeit geleistet hat, wofür ihm sicherlich der Dank des Gemeinderates gebührt. (Beifall bei der Minderheit.) Der Apparat ist gut,

aber er kann nicht so funktionieren, weil gewisse Beeinflussungen geschehen. Deshalb verlangen wir eine grundlegende Änderung der Kontrolle.

Ganz gewaltig sind die Summen, die durch die Finanzpolitik des Herrn St. R. Breitner seit dem Jahre 1923 der Wirtschaft entzogen worden sind. Gering gerechnet kommt man auf mehr als tausend Millionen Schilling, wovon 70 Millionen auf die Kassenbestände, 100 Millionen auf die Debitoren, 34 Millionen auf die Grundankäufe, 60 Millionen auf Wertpapiere und Beteiligungen und 600 Millionen auf den Wohnhausbau entfallen. Dazu kommen die Investitionen, die die städtischen Unternehmungen aus Betriebsmittel gemacht haben und die mit 200 Millionen eher niedriger als zu hoch bewertet werden können. In den letzten fünf Jahren ist also die Gemeinde um rund eine Milliarde Schilling reicher geworden, die Bevölkerung aber ist um diese Summe ärmer geworden. (Beifall). Man hat den erwerbenden Ständen das Kapital weggesteuert. Wir müssen beim Kreditverein mehr als die Hälfte der Ansuchen ablehnen, weil die Leute gar nicht mehr kreditfähig sind. Das ist eine Folge Ihrer Finanzpolitik. Sie geben allen Müttern die Säuglingswäsche und schädigen dadurch schwer eine bestimmte Gruppe von Geschäftsleuten. Ebenso machen Sie es mit den Schulbüchern. Von den Parteisubventionen ganz abgesehen, die sich bis auf den Warmwasserspeicher erstrecken. Vor mir ist eine sozialistische Mittelschülerzeitung, die ein grosses Inserat der städtischen Versicherungsanstalt aufweist. Diese Einschaltung kann geschäftlich absolut nicht begründet werden. Sie können bald ein Siechehhaus für verkrachte Unternehmungen eröffnen. Da ist zuerst das Lagerhaus mit einem Verlust von 316 Millionen - es soll jetzt aufgelöst werden, wodurch wieder viele Arbeiter und Beamte um ihr Brot kommen. Dann kommt das Ziegelwerk Oberlaa mit einem Verlust von 116 Millionen Schilling, die Obst- und Gemüse A. G. mit 480.000 Schilling, das Porphyritwerk mit 70.000 Schilling, die Steinag mit 267.000 Schilling und die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mit 360.000 Schilling. Aus diesen Verlusten folgt, dass Sie sehr viel Steuern einheben können, dass Sie aber wirkliche Werte nicht schaffen können. Das ist das richtige Bild des Rechnungsabschlusses. Die Minderheit kann diese Zustände hier nur aufzeigen, helfen muss sich die Wiener Bevölkerung selbst. Da diese nun auch in anderen Bundesländern Genossen gefunden hat, so hoffen wir, dass nicht mehr viel solche Rechnungsabschlüsse hier beschlossen werden können. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) führt aus, dass der Rechnungsabschluss die Liquidierung des Voranschlags ist. Bei der Feststellung der prozentualen Abweichungen der Ziffern des Rechnungsabschlusses vom Voranschlag führt der Redner aus, dass die Gemeinde- und Landesabgaben um 11'2 Prozent mehr eingebracht haben. Die Mehrerhebung bei der Fürsorgeabgabe macht zehn Prozent aus, bei der Lustbarkeitsabgabe fast 20 Prozent, bei der Fremdenzimmerabgabe 61'5 Prozent, bei der Wertzuwachsabgabe 23 Prozent, bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe 25 Prozent und bei der Kraftwagenabgabe 22 Prozent. Mindereinnahme haben sich nur bei der Hauspersonalabgabe und Hundeabgabe ergeben. Die Mehreingänge an Bundesabgaben machen 22 Prozent aus. Die Ausgaben für Personal machen um fünf Prozent mehr aus, beim Wohnungswesen um 24 Prozent, beim Schulwesen um 2'3 Prozent und beim Grundbesitz um 32 Prozent. GR. Pfeiffer beschäftigt sich dann ausführlich mit der Tätigkeit des Kontrollamtes. Da für die Berichte des Kontrollamtes im Gemeinderat niemand verantwortlich ist, verlangt er die Schaffung eines Kontrollamtsausschusses. In diesem hätten nur Gemeinderäte ihre Funktion auszuüben. Die Berichte des Kontrollamtes einmal im Jahr sind unzulänglich, da sie historische Berichte sind. Über die Skontrierungen, die vom Kontrollamt vorgenommen werden, sagt der Redner, dass die Materialienskontrierungen viel wichtiger als die Kassaskontrierungen sind. Bei den Skontrierungen wäre auch die Beiziehung von Minderheitsmitgliedern notwendig. Die Arbeit des Kontrollamtes muss man als hervorragend bezeichnen und sie verdient nicht nur den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates, sondern auch seine Bewunderung, schon deshalb, weil die Herren vom Kontrollamt nicht so schreiben dürfen wie sie wollen und daher alle Mühe haben, diesen Bericht herzustellen. In Zukunft muss aber die Stellung des Kontrollamtes eine andere sein. Wir wollen ein unabhängiges Kontrollamt, das sich mit dem Gemeinderat und mit dem Finanzausschuss in Verbindung setzen kann. Auf meinem im Vorjahr geäußerten Wunsch, die Gemeinde Wien möge der Kontrolle des Rechnungshofes unterstellt werden, haben die Sozialdemokraten nur ein Lächeln übrig gehabt. Nun haben sich die Zeiten aber geändert und die Gemeinde Wien wird sich der Kontrolle des Rechnungshofes unterstellen müssen. Man muss auch in diesem Zusammenhang die Verfassungsreform begrüßen. Solange diese Kontrolle aber nicht geschaffen ist, können wir für den Rechnungsabschluss der Gemeinde nicht stimmen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)
Die Verhandlung wird abgebrochen.
Schluss der Sitzung 20'50 Uhr .